



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

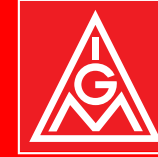
Abbruch oder Neubau – Reformoptionen zur Gestaltung des Sozialstaats aus gewerkschaftlicher Sicht

TU Braunschweig, 4. Juni 2010

Thomas Müller

IG Metall Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt





Die Säulen des Sozialstaats

Arbeitsverfassung	Sozialsysteme	Staatliche Transfers
Koalitionsfreiheit/ Tarifautonomie <ul style="list-style-type: none">- TV-Gesetz- Tarifverträge usw. Arbeitsrechtsgesetze <ul style="list-style-type: none">- Kündigungsschutz- Lohnfortzahlung- Arbeitsschutz- Mitbestimmung usw.	Sozialversicherung <ul style="list-style-type: none">- Rentenversicherung- Krankenversicherung- Unfallversicherung- Arbeitslosenversicherung- Pflegeversicherung Versorgungssysteme <ul style="list-style-type: none">- Beamtenversorgung- Kriegsopferversorgung	Staatliche Leistungsgesetze <ul style="list-style-type: none">- Kindergeld- Erziehungsgeld- Bafög- Wohngeld usw. Fürsorge <ul style="list-style-type: none">- Sozialhilfe- Jugendhilfe usw.



- 1. Sozialstaat vor der Insolvenz: Die leeren Kassen - und die Gründe**
- 2. Die große Krise**
- 3. Absichtserklärungen und Andeutungen: die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung**
- 4. Abbruch oder Neubau: Sozialstaat in der „großen Krise“**



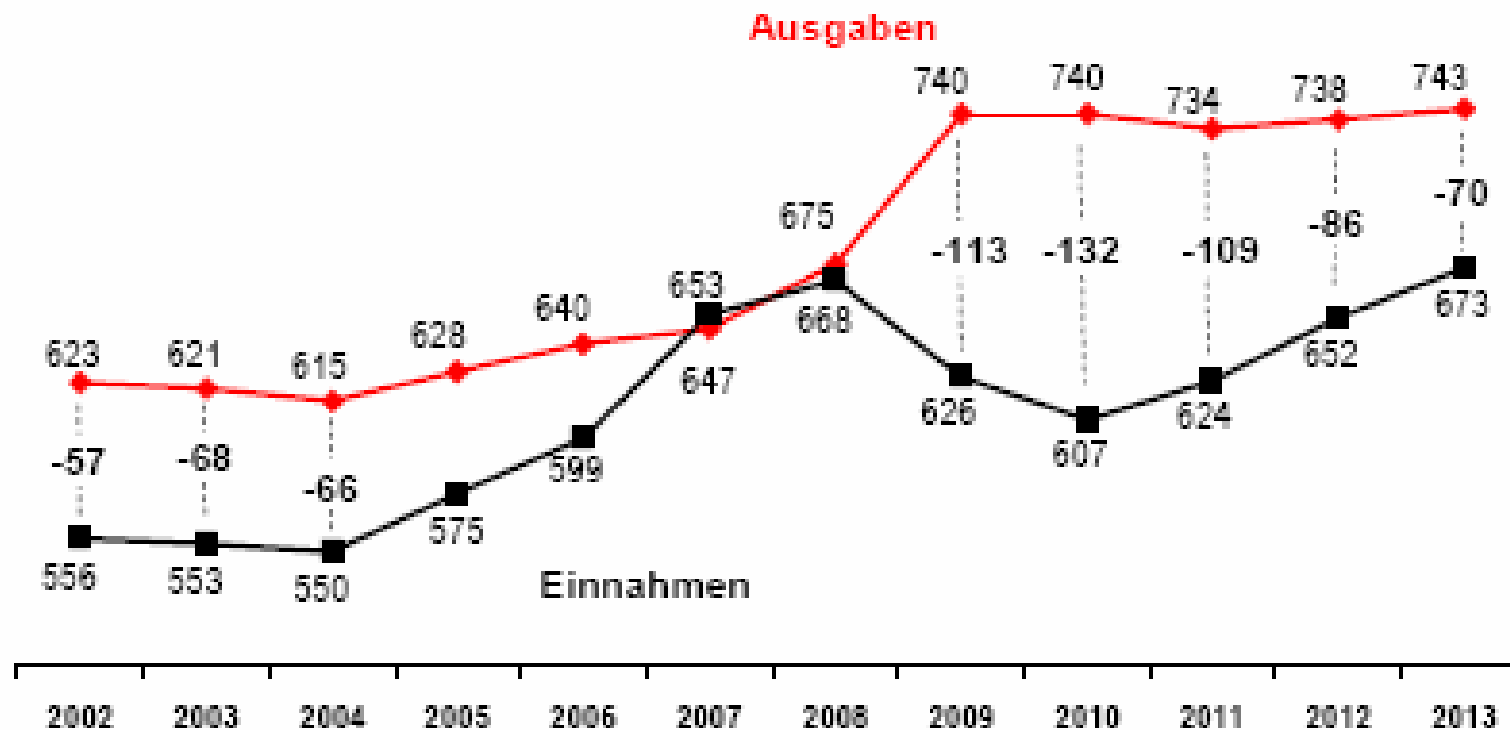
- 1. Sozialstaat vor der Insolvenz: Die leeren Kassen - und die Gründe**
- 2. Die Große Krise**
- 3. Absichtserklärungen und Andeutungen: die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung**
- 4. Abbruch oder Neubau: Sozialstaat in der „großen Krise“**

Ein Minus von über 500 Milliarden Euro bis 2013



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts
in Milliarden Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen August 2009, Ver.di Bundesvorstand

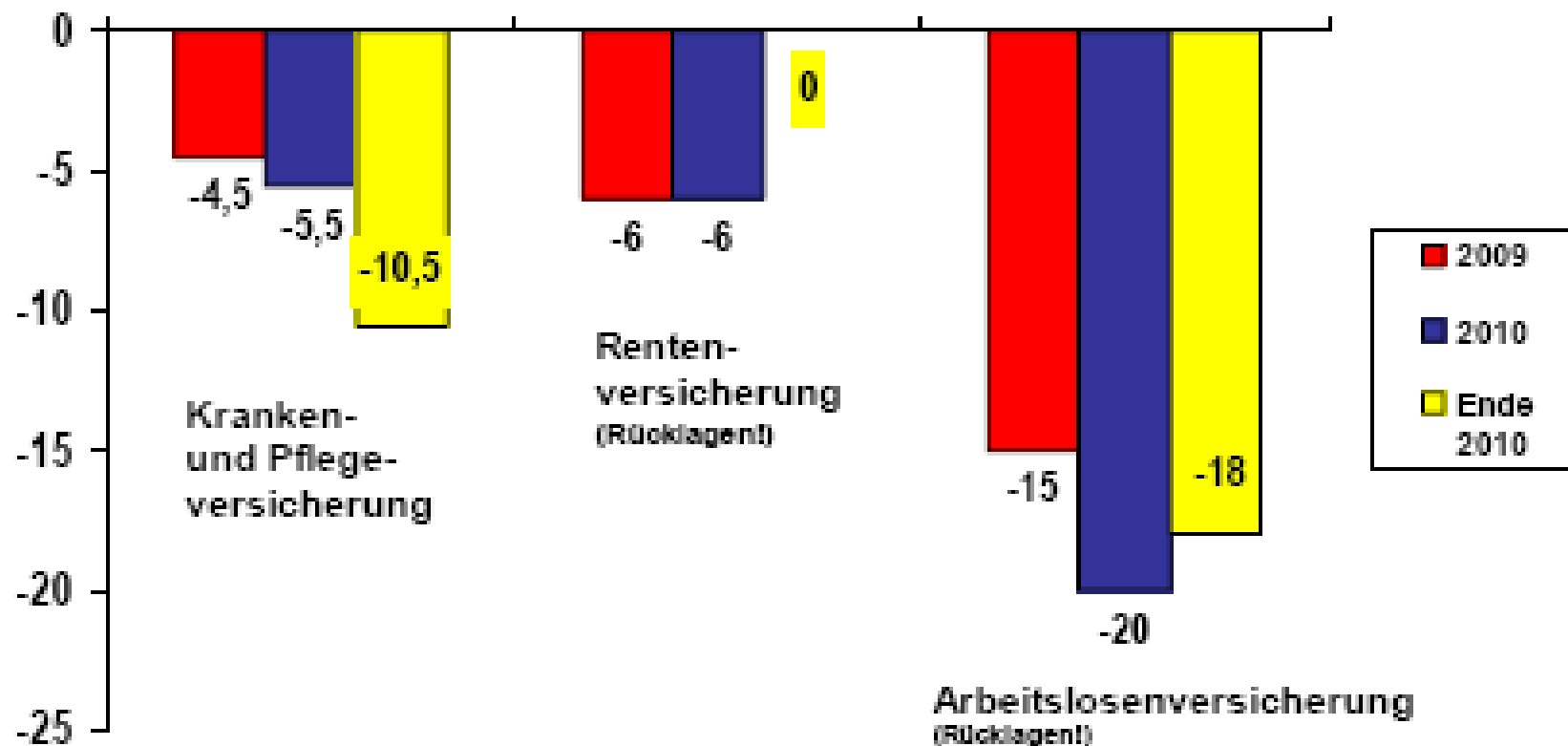
Krise belastet Sozialversicherungen

Knapp 30 Mrd. Defizit Ende 2010



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Defizite in den Sozialversicherungszweigen in Mrd. Euro (RWI)



Quelle: Rheinisch-Westf. Institut für Wirtschaftsforschung
lt. SPIEGEL vom 01.08.2009 sowie weitere Angaben des RWI



Wer trägt die Lasten der Krise?

„Die Wirtschaft wird ihren Beitrag zum Schuldenabbau leisten. Aber die Regierung muss an die großen Positionen ran: beispielsweise an die Sozialsysteme. (...) Ich bin überzeugt, dass wir dort auf gewaltige Einsparpotentiale stoßen.“

BDI-Präsident Peter Keitel zitiert nach DIE WELT vom 1.11.2009

Sozialabbau mit Ansage?

„Die Wahrheit lautet in einem einzigen Satz zusammengefasst: Die Probleme werden erst noch größer, bevor es wieder besser werden kann. Das ist die Lage. Ich kann und will sie uns nicht ersparen.“

Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel
in der Regierungserklärung vom
10. November 2009



Kürzungen und Druck für die Einen...



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

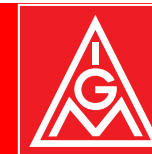
„Wir müssen das Geld aus anderen Feldern holen, auch aus dem Sozialbereich, und da ist mir egal, ob aus dem Bundeshaushalt oder aus den Sozialversicherungen. Ich sehe nach wie vor, beispielsweise in der Arbeitsverwaltung Milliardenbeträge einzusparen. Wir müssen generell die Ausgaben einschränken.“

„Es kann aber keine funktionierendes Arbeitslosenhilfe-System geben, das nicht auch ein Element von Abschreckung enthält.“



Roland Koch, WirtschaftsWoche vom 16.01.2010

...noch mehr Geld für die Anderen?



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Der Staat als Aktionär der letzten Instanz

Die Gesellschaft, werde akzeptieren müssen,

„dass der Staat in systemischen Banken Krisen
der Aktionär der letzten Instanz bleibt.“

Josef Ackermann

in DER SPIEGEL 48/2009, S. 73f.



5398

Wichtige Ursachen für die „finanziellen Löcher im Sozialstaat“



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

- ➡ Die Kosten der großen Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus
- ➡ Verteilungspolitische Schiefelage – zulasten der abhängig Beschäftigten
- ➡ Die Krise des Arbeitsmarktes und Erosion der „Normalarbeit“
- ➡ Die Entlastung der Wirtschaft aus der Finanzierung des Sozialstaates – und die Anschub-Kosten der Privatisierung
- ➡ Die Kosten der Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Privatisierung des Sozialschutzes

Inhalt

1. Sozialstaat vor der Insolvenz:
Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Die große Krise
3. Absichtserklärungen und
Andeutungen: die Sozialpolitik
der neuen Bundesregierung
4. Abbruch oder Neubau:
Sozialstaat in der „großen
Krise“

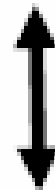


Die Vorgeschichte der Krise



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Vom „nationalen Sozialstaats-Kapitalismus“ zum
„globalen Finanzmarkt-Kapitalismus“



Vom „alten Klassen-Kompromiss“
zur „Neuen Maßlosigkeit“

Demokratischschädliche Anmaßung: Politik im Schlepptau der Finanzmärkte



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

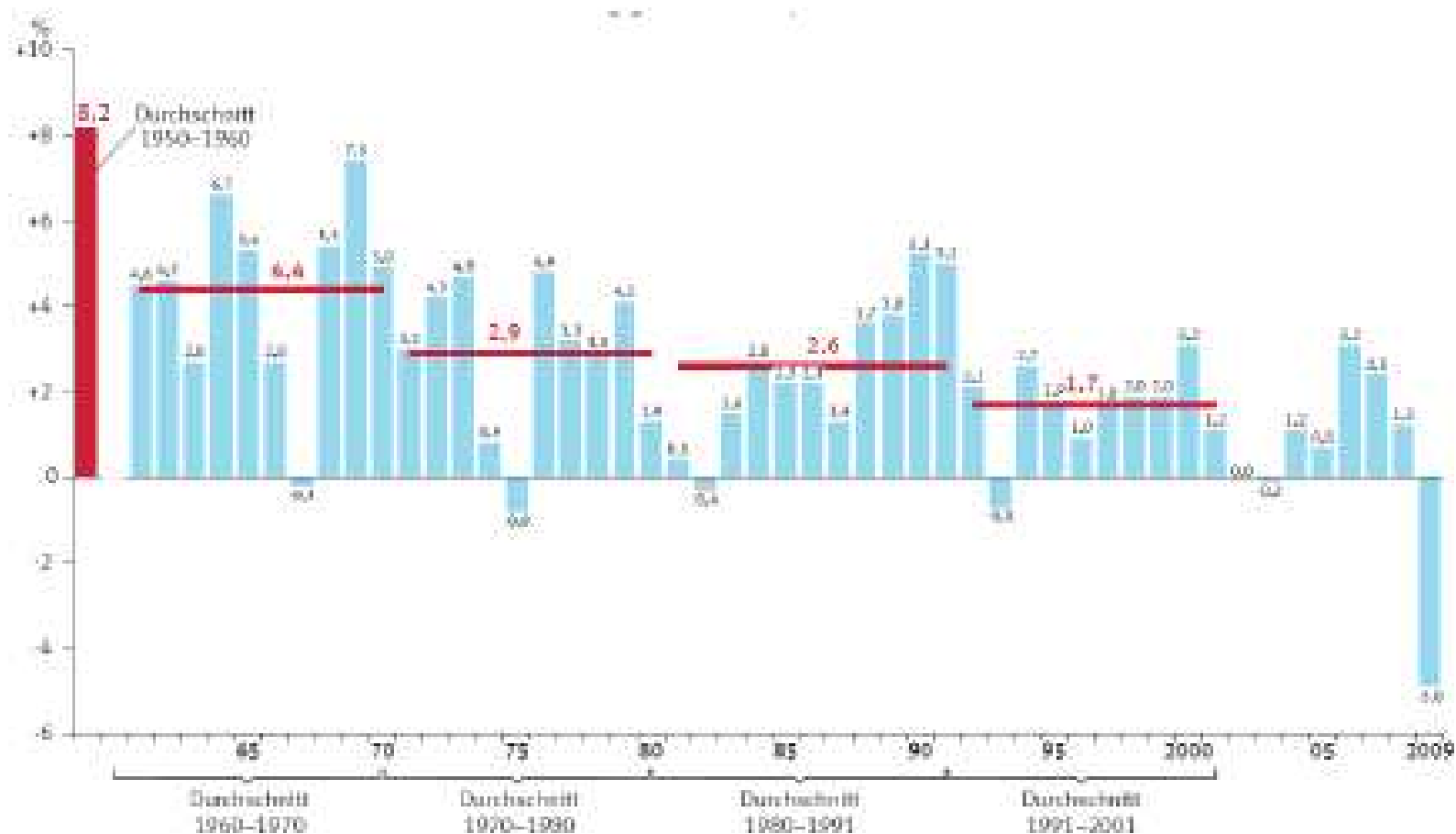
„Politik muss (...) heute mehr denn je mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden. (...)“

Offene Finanzmärkte erinnern die Politiker allerdings etwas häufiger und bisweilen etwas deutlicher an diese Zielsetzungen, als die Wähler dies vermögen. Wenn man so will, haben die Finanzmärkte quasi als fünfte Gewalt neben den Medien eine wichtige Wächterrolle übernommen. Wenn die Politik im 21. Jahrhundert in diesem Sinn im Schlepptau der Finanzmärkte stünde, wäre dies vielleicht so schlecht nicht.“

Rolf-E. Breuer (Deutsche Bank): Die fünfte Gewalt, in: Die Zeit, v. 27.04.2000, S. 21



Schwerste Wirtschaftskrise

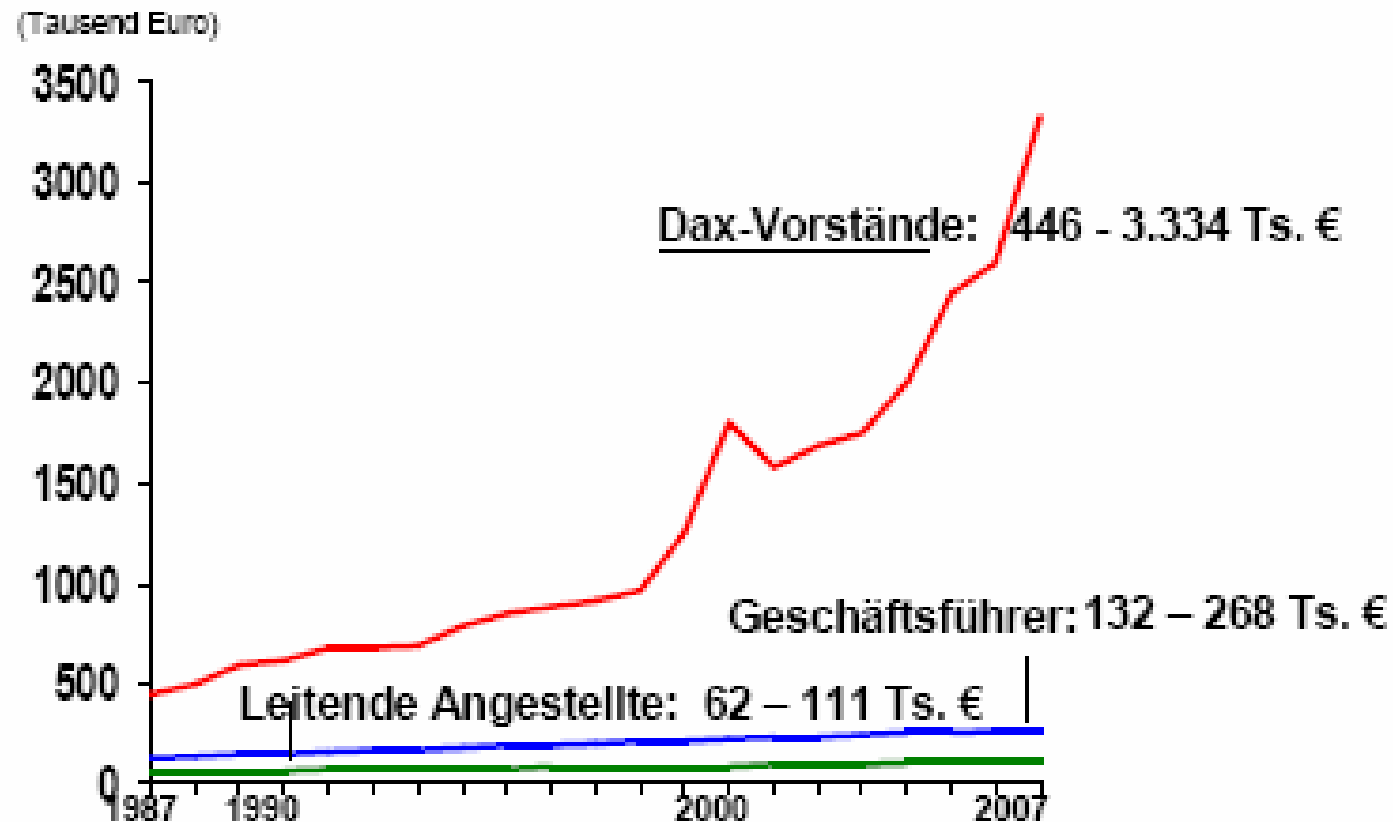


Quelle: Statistisches Bundesamt

Explosion der „Dax-Vorstands-Gehälter“ – Entwicklung der Gesamtbezüge -



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

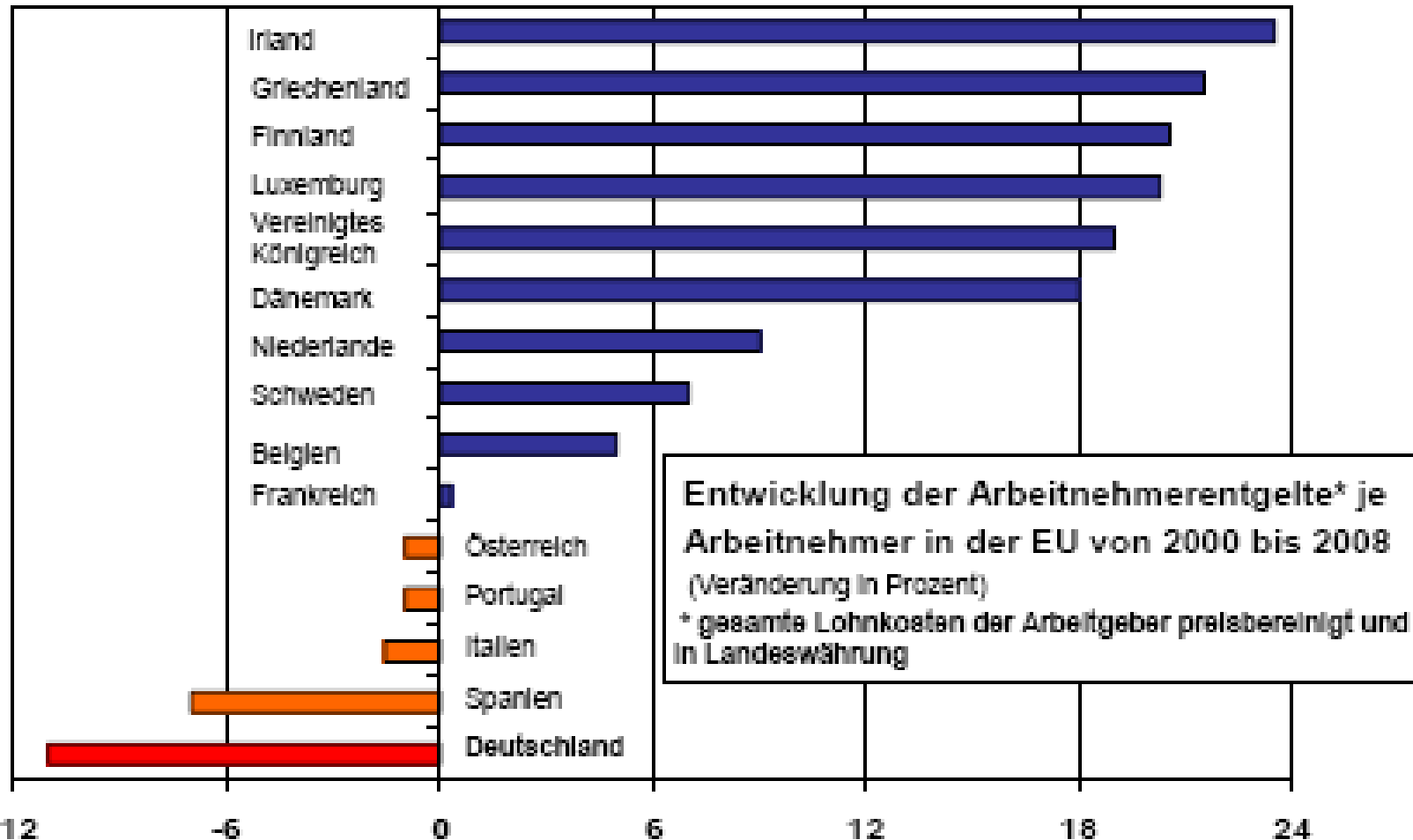


Quelle: Kienbaum, nach FAZ v. 30. Juni 2008

Deutschland – Spitzenreiter bei der Senkung der Lohnkosten

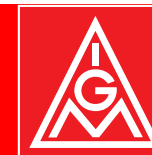


Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

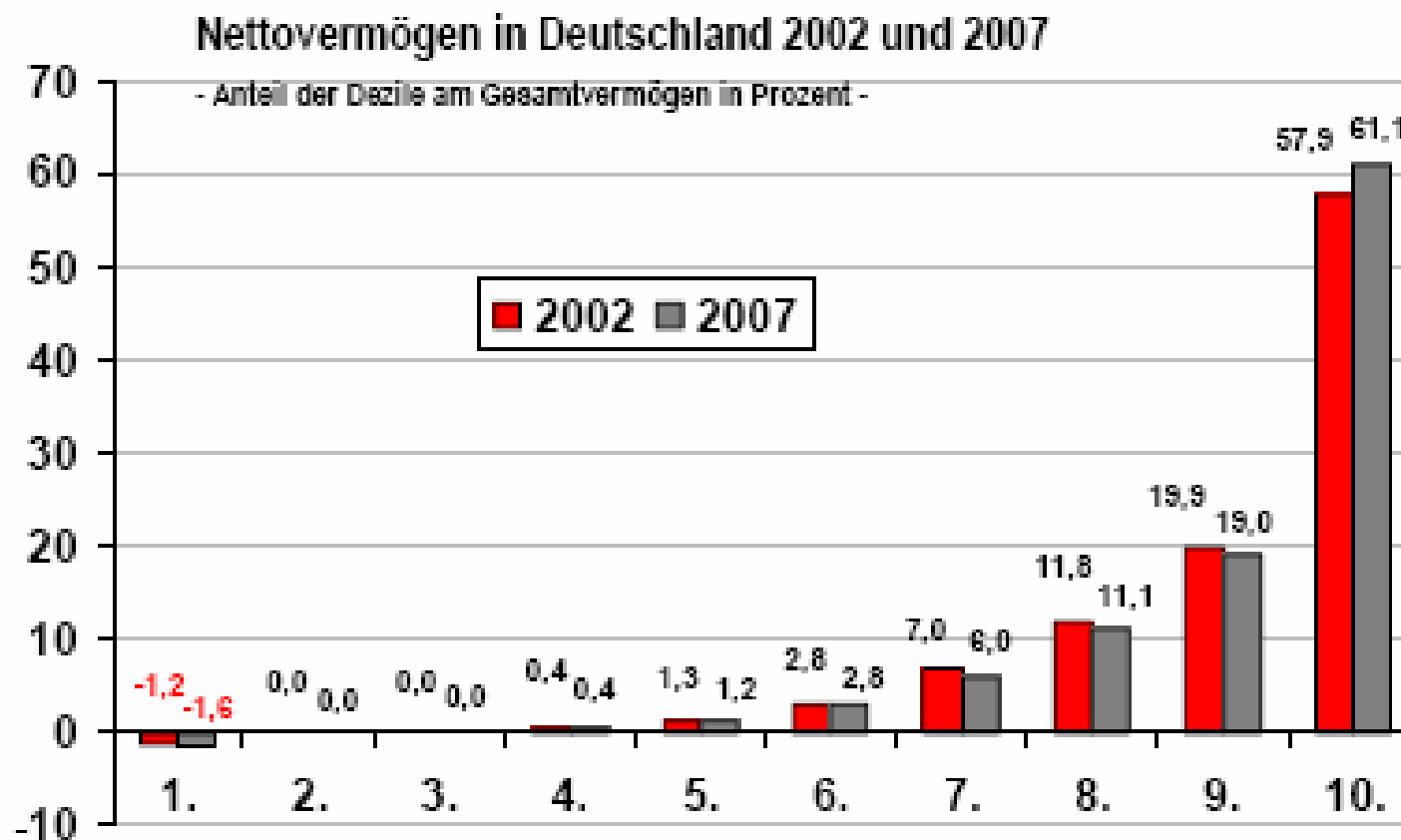


Quellen: Eurostat; Berechnung des DIW Berlin, eigene Berechnungen

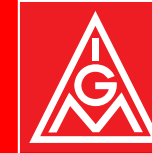
Polarisierung in der Vermögensverteilung schreitet voran



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

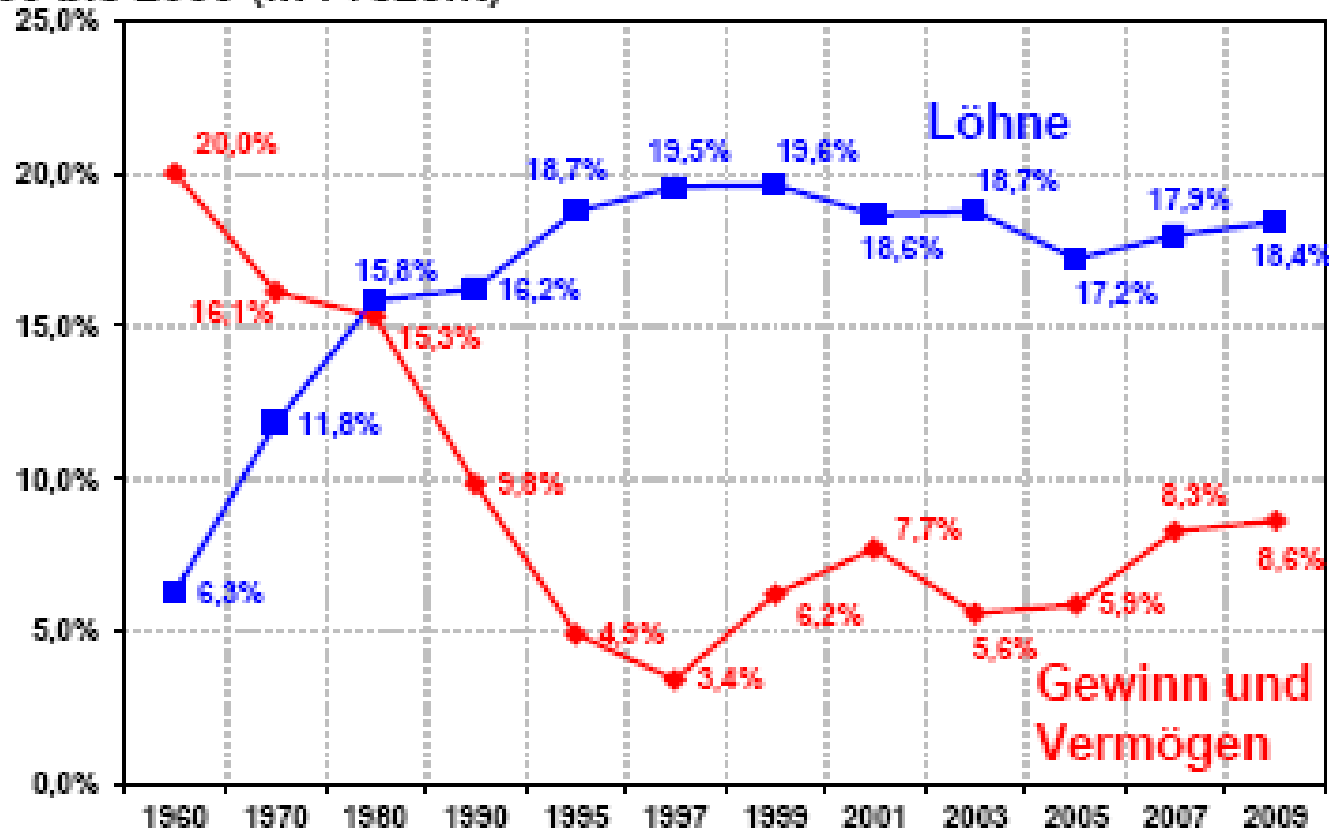


Quellen: SOEP, Berechnungen des DIW Berlin



Marsch in den Lohnsteuerstaat

Steuerbelastung von Löhnen und Gewinn- und Vermögenseinkommen
1960 bis 2009 (in Prozent)*



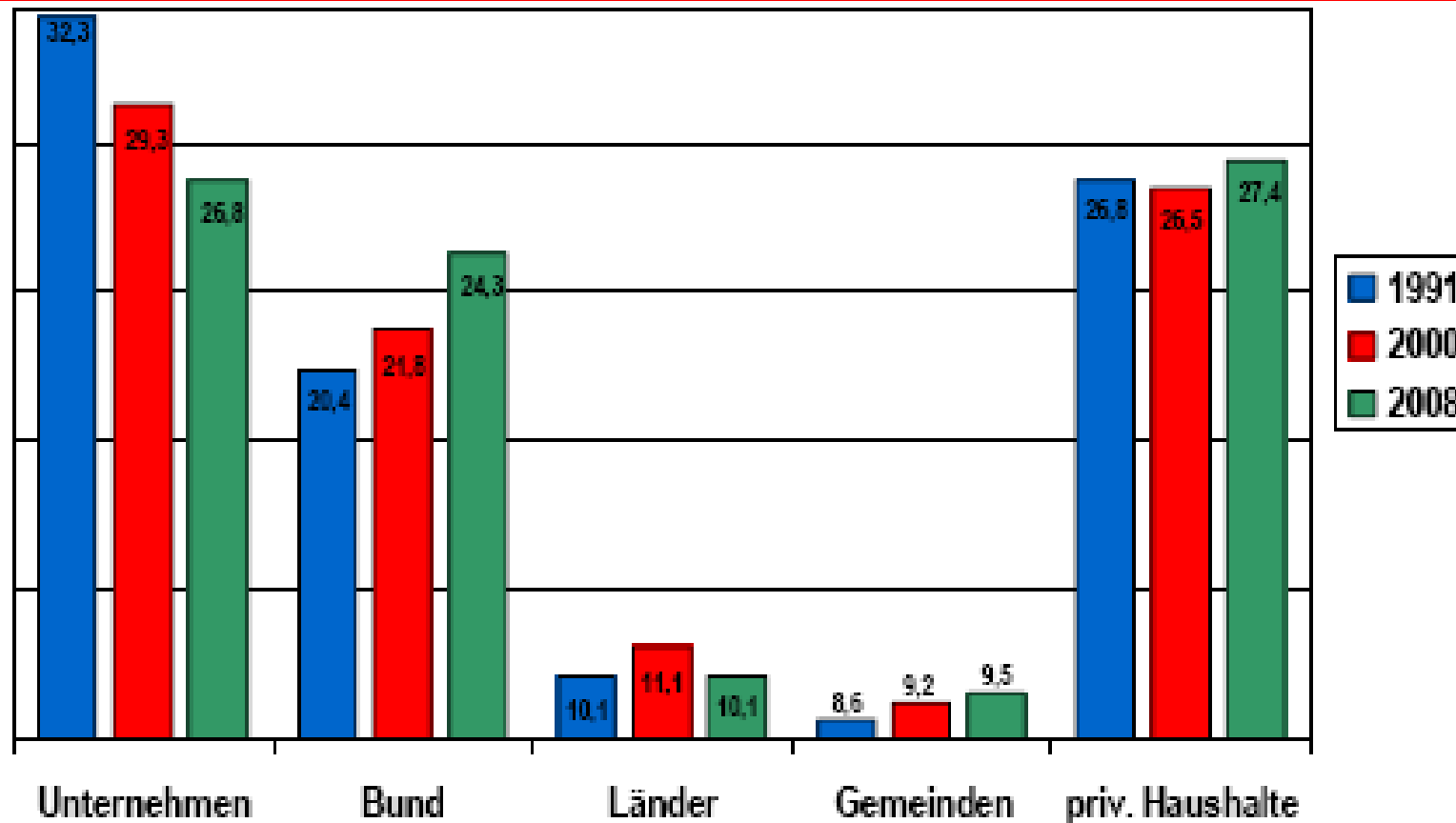
Quelle: WSI-Verteilungsbericht 2009

*1960-1990: Nur alte Bundesländer

Entlastung der Unternehmen – Belastung von Bund, Gemeinden und privaten Haushalten - Anteile am Sozialbudget in v. H.



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt



Quelle: Sachverständigenrat – Jahresgutachten 2009/10



Inhalt

1. Sozialstaat vor der Insolvenz:
Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Die große Krise
3. **Absichtserklärungen
und Andeutungen: die
Sozialpolitik der neuen
Bundesregierung**
4. Abbruch oder Neubau:
Sozialstaat in der „großen
Krise“



Der erste Blick auf den „schwarz-gelben“ Koalitionsvertrag...



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Ein Sammelsurium aus Verschiebungen und Zumutungen:

- ➔ ... er setzt in vielen Politikfeldern auf ein „Weiter so“ (z. B. Rente: Keine Vorschläge für die Probleme Altersarmut, Lebensstandardsicherung und „Rente mit 67“)
- ➔ ... er verschiebt Entscheidungen und lässt zentrale Fragen offen (z.B. durch generellen Finanzierungs-Vorbehalt und Bildung von Kommissionen)
- ➔ ... er läutet aber in anderen sozialstaatlichen Bereichen den **Systemwechsel** zulasten der Lohnabhängigen ein (z.B. Gesundheit: Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, Einstieg in Kopfpauschale, umfassende Wettbewerbsorientierung)



Bewertung der BDA

„Der Koalitionsvertrag ist ein guter Kompass für die nächsten Jahre und stellt die Weichen für Wachstum und für Strukturveränderungen im Sozialversicherungs- und Steuersystem.

Endlich werden einige der drängenden Finanzierungsprobleme in der Sozialversicherung angegangen. (...)

Der Koalitionsvertrag enthält richtungsweisende Entscheidungen, um die Höhe der Personalzusatzkosten zu begrenzen und die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Richtig ist vor allem der geplante Einstieg in die Entkopplung der Gesundheits- und Pflegekosten vom Arbeitsverhältnis.“

BDA, Bewertung des Koalitionsvertrages, Oktober 2009, S. 2 u. 12

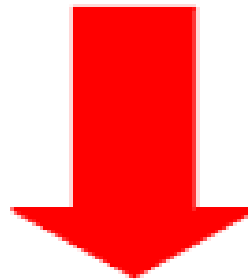
Der zweite Blick auf den „schwarz-gelben Koalitionsvertrag“



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Kein Anlass zur Entwarnung – der Koalitionsvertrag

- ➡ ... läutet neue **Systemwechsel** ein – oder setzt eingeleitete Systembrüche und Paradigmenwechsel der alten Regierung fort
- ➡ ... setzt auf eine Strategie der „**politischen Unterlassungen**“, also eine Politik der **Verweigerung einer aktiven Krisenbekämpfung** gegenüber der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise



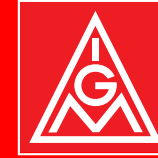
Die Politik der Systemwechsel und der „politischen Unterlassungen“ steuert die Gesellschaft in einen „großen Verteilungs-Konflikt“

Inhalt

1. Sozialstaat vor der Insolvenz:
Die leeren Kassen - und die Gründe
2. Die große Krise
3. Absichtserklärungen und
Andeutungen: die
Sozialpolitik der neuen
Bundesregierung
4. **Abbruch oder Neubau:
Sozialstaat in der
„großen Krise“**



Die sozialen Sicherungssysteme in der Krise



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

➡ Einerseits: Bedeutungs- und Ansehenszuwachs der Sozialversicherung

- als „automatische Stabilisatoren“ der wirtschaftlichen Entwicklung
- als „kleines arbeitsmarktpolitisches Wunder“ (Der Spiegel)
- als Systeme einer nachhaltigen Finanzierung („Umlageverfahren“)
- als „Orte der sozialen Sicherheit in unsicheren Zeiten“

➡ Aber auch: Mehr Anerkennungs- und Finanzprobleme durch

- Finanzprobleme in der GKV und der BA infolge der Arbeitsmarkt- (Beschäftigung und Einkommen) und Finanzmarktentwicklung
- Kostenprobleme in der bAV durch die Zunahme der Insolvenzen
- Allgemeine Akzeptanzprobleme wegen öffentlicher Haushaltsdesaster
- Der „stille Verschleiß“ des Arbeitsvermögens der Menschen



Der Vorteil Europas!

„(...) Das einzige, was zugunsten Europas funktioniert, ist gerade das, wofür Europa am meisten Kritik einstecken muss – die Größe und Großzügigkeit seiner Wohlfahrtsstaaten, die den wirtschaftlichen Einbruch dämpfen.“

Paul Krugman, A continent adrift, in: The New York Times, March 16, 2009.



Vom Nutzen des Sozialstaates

Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet!

- ➡ ... er wirkt als **automatischer Stabilisator** der konjunkturellen Entwicklung
- ➡ ... er besitzt einen „**gesellschaftlichen Zusatznutzen**“ zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels
- ➡ ... er eröffnet **Handlungs- und Freiheitsräume** („Autonomiegewinne“) für den Einzelnen

Leitlinien einer solidarischen Sozialstaatsreform



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

- **Universalisierung** von Beitragspflicht und Versicherungsschutz
- **Neue Aussteuerung** von Bedarfs- und Versicherungssystem
- **Sachgerechter Finanzierungs-Mix** aus Steuern und Beiträgen
- **Finanzierung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit** – innerhalb der Klasse und zwischen Kapital und Arbeit
- **Ein neues Gleichgewicht** von Geld- und sozialen Dienstleistungen

Fünf Leitlinien einer solidarischen Krisenbewältigung



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

1. Keine Entlassungen in der Krise – auch nach der Kurzarbeit!

Beschäftigungssicherung durch Industriepolitik: „öffentlicher Beteiligungsfonds“ - „Zwangsanleihe“ – öffentliche Auflagen!

2. Arbeitsinteressen umfassend schützen:

Verteidigung von Arbeitsplätzen, Einkommen und (!) Arbeitsstandards!

3. „Wir wollen mehr Wirtschaftsdemokratie wagen“:

Mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Value-Dogma und privatem Vermögensschutz!

4. Die Finanzmärkte ins Schlepptau der Politik nehmen!

Kontrolle, Regulierung und Umorientierung des Finanzsektors!

5. Tarifbewegung 2010

Offensive Verteilungspolitik für Beschäftigung, Übernahme und Entgelt!

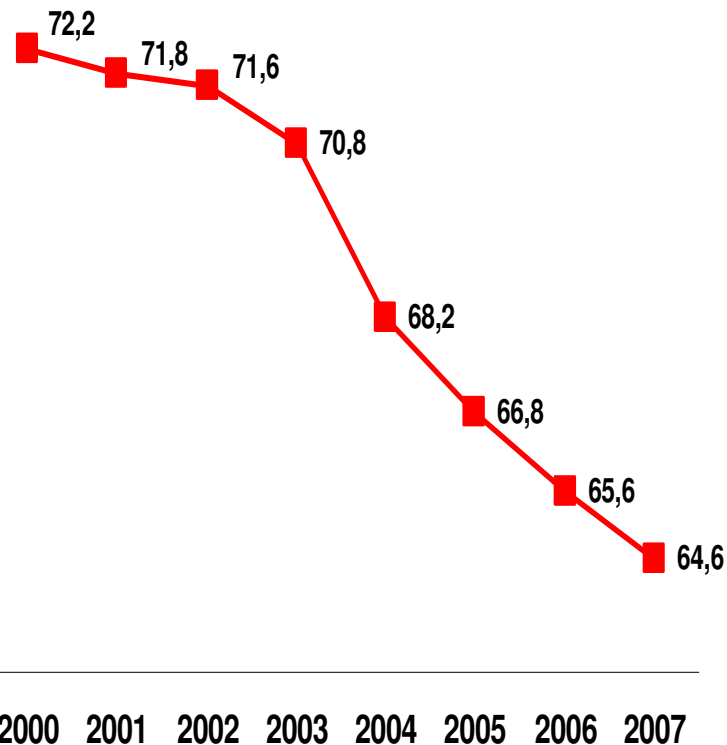
Die verteilungspolitische Fehlentwicklung ...



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Lohnquote sinkt kontinuierlich

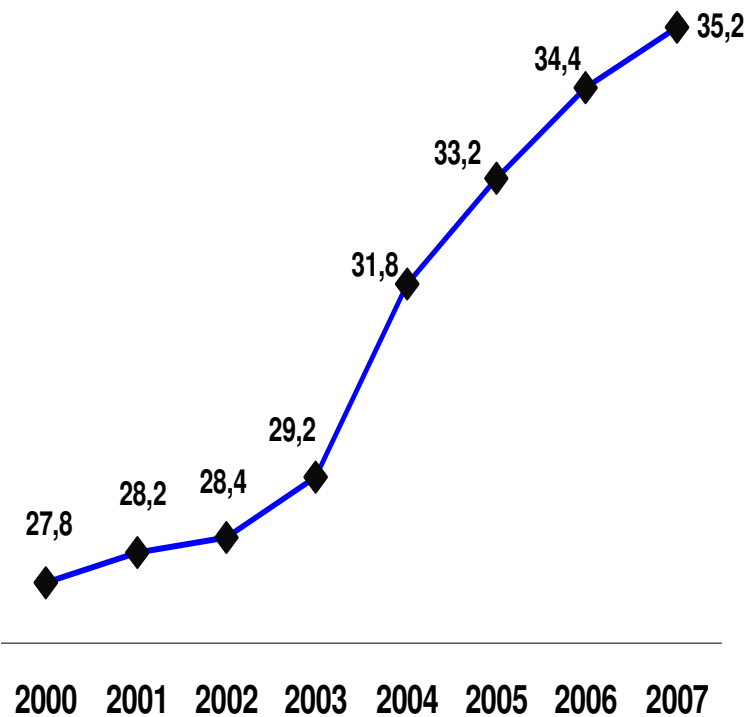
Anteil Arbeitnehmerentgelt am Volkseinkommen in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Gewinnquote steigt kräftig an

Anteil Gewinne und Vermögenseinkommen
am Volkseinkommen in Prozent



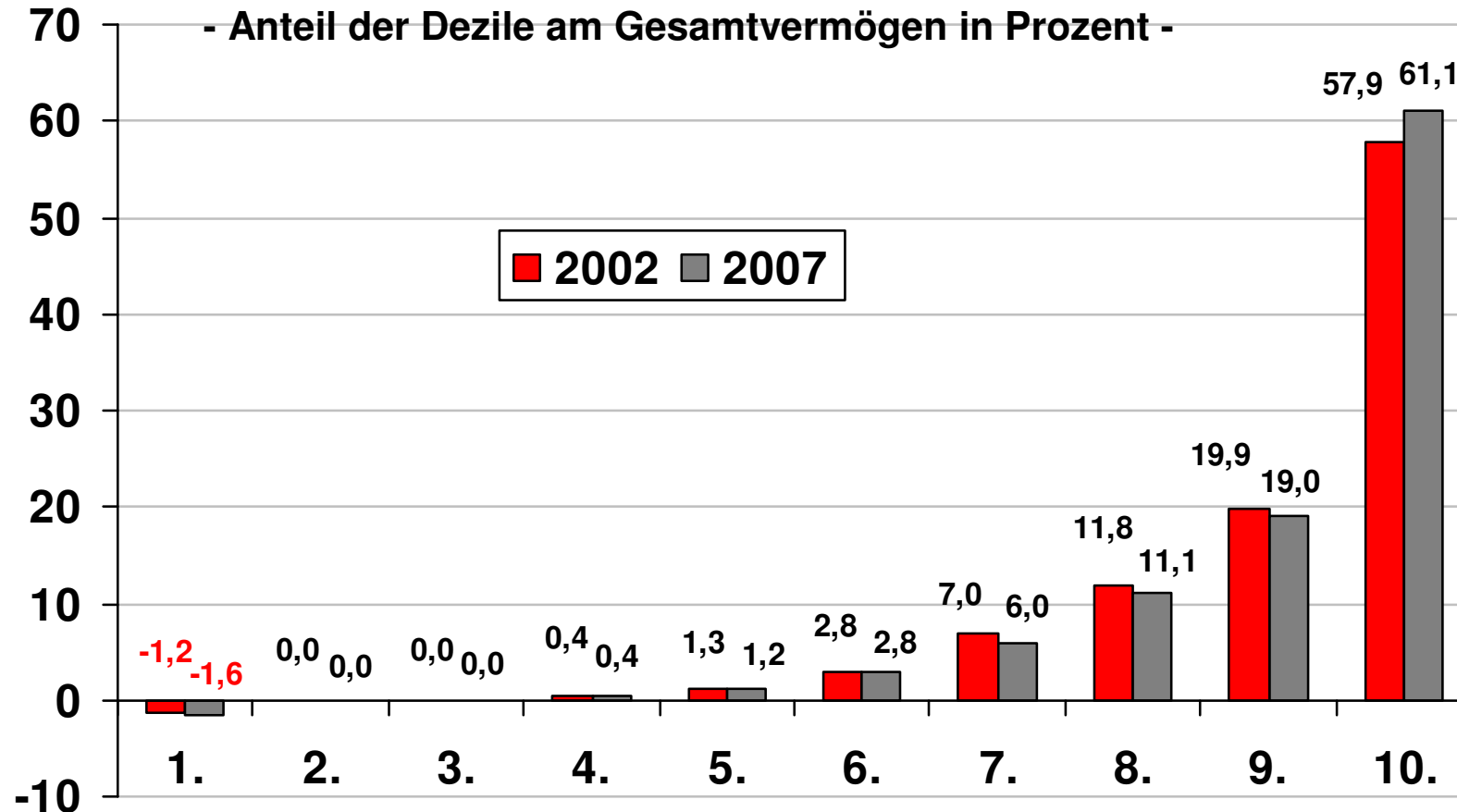
Quelle: Statistisches Bundesamt

Polarisierung in der Vermögensverteilung schreitet voran



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Nettovermögen in Deutschland 2002 und 2007



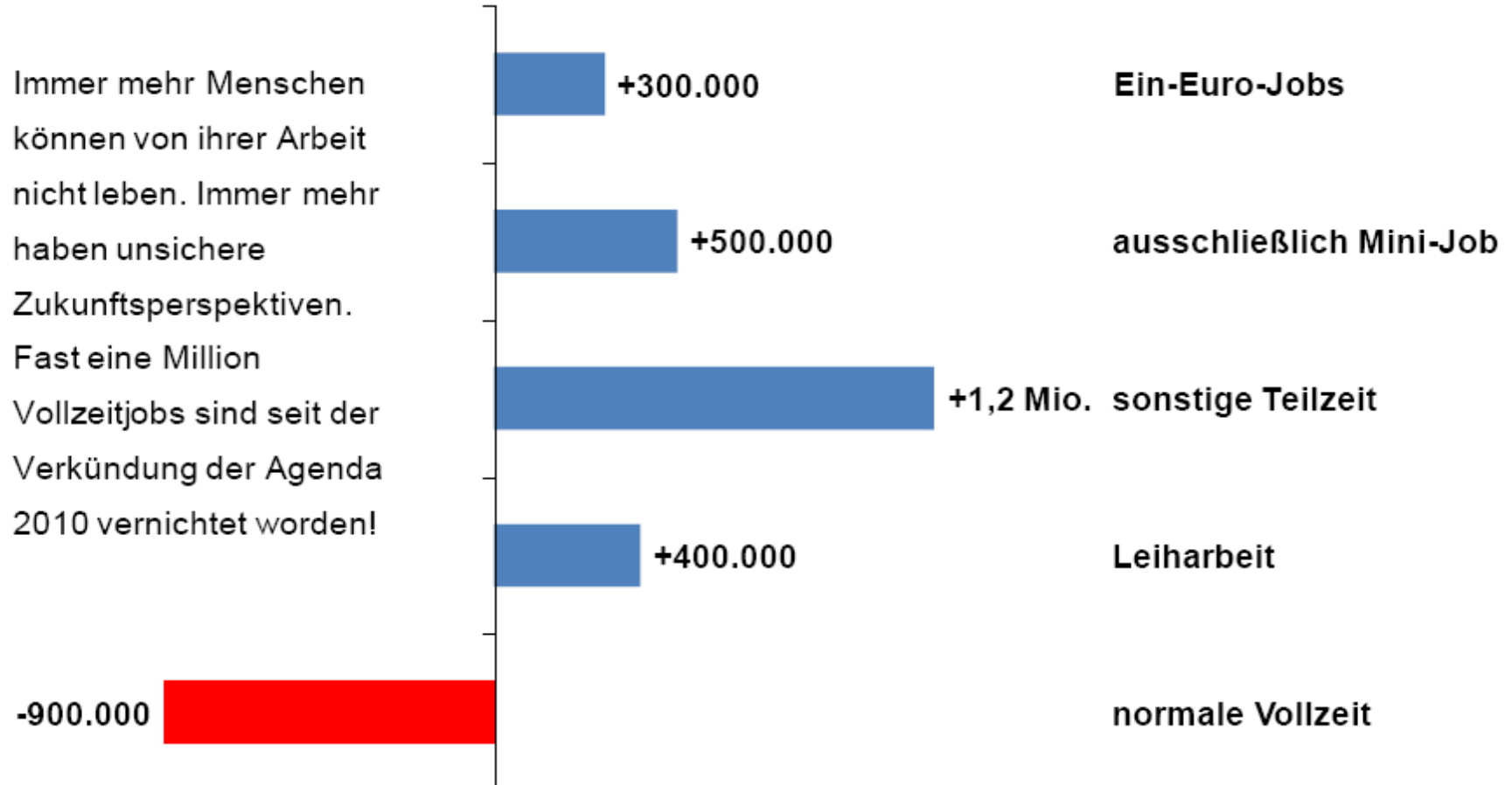
Quellen: SOEP, Berechnungen des DIW Berlin

Mehr Beschäftigung – Mehr „Bad-Jobs“



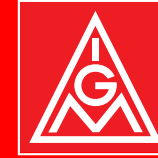
Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2003 bis 2008



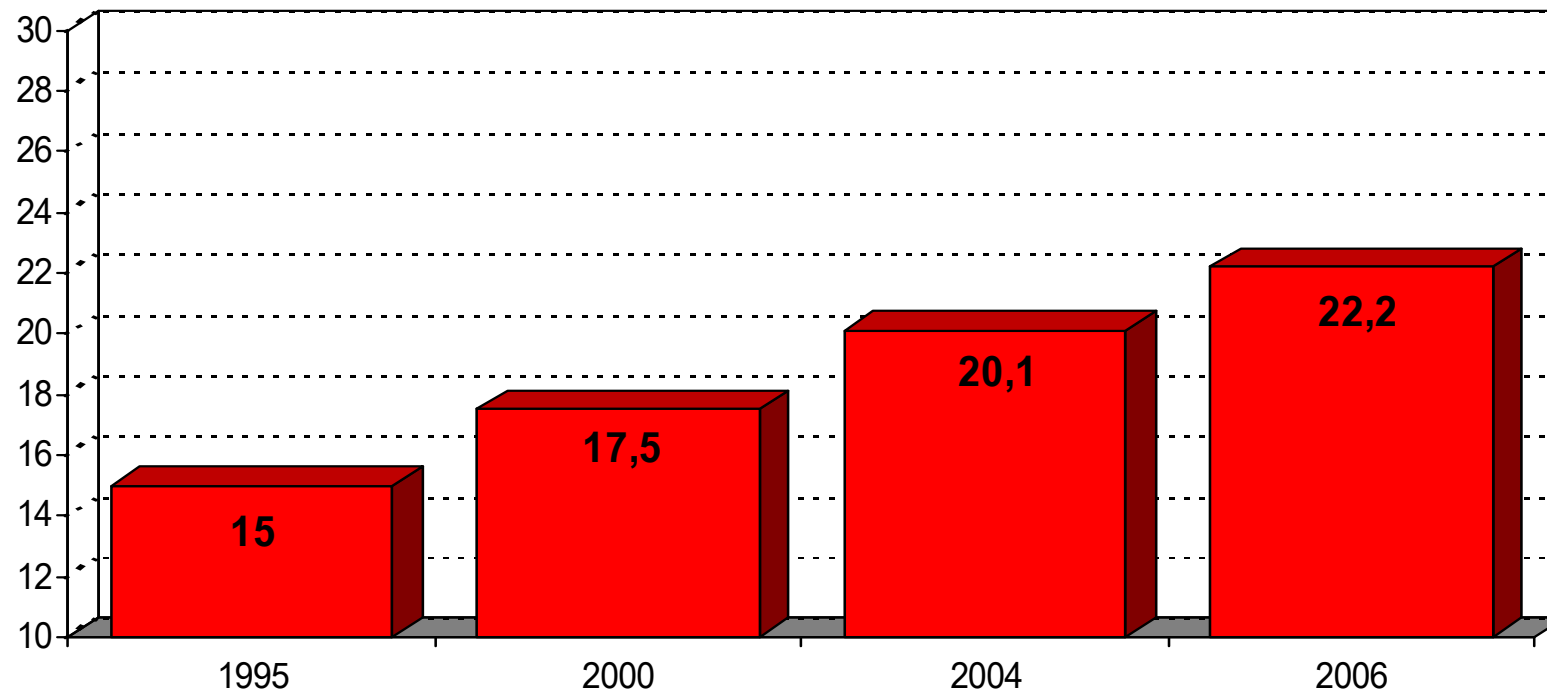
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, eigene Berechnungen und Schätzungen

Anteil von Niedriglöhnen steigt



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Von allen Beschäftigten in Vollzeit arbeiteten in Niedriglöhnen:
(Angaben in Prozent)



Quelle:IAQ, 2008

Ursachen der Versorgungsprobleme im Alter sind vielfältig



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Probleme der Erwerbsarbeit:

Prekarisierung der Arbeit durch:

- ➔ Langzeitarbeitslosigkeit
- ➔ Ausdehnung des Niedriglohnsektors
- ➔ Ausdehnung prekärer Beschäftigung
- ➔ späterer Berufseintritt
- ➔ Ausdehnung von Selbstständigkeit

Weichenstellungen durch Rentenpolitik:

Lebensstandardsicherung zur Fürsorgerente, insbesondere

- ➔ Riestertreppe
- ➔ Nachhaltigkeitsfaktor
- ➔ Ausgleichsfaktor
- ➔ Geringere Bewertung von Ausbildungszeiten
- ➔ Voller Pflegeversicherungsbeitrag
- ➔ Rente mit 67 (Anhebung der Rentenaltersgrenzen)
- ➔ Abwertung von Langzeitarbeitslosigkeit

Renten abgekoppelt



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

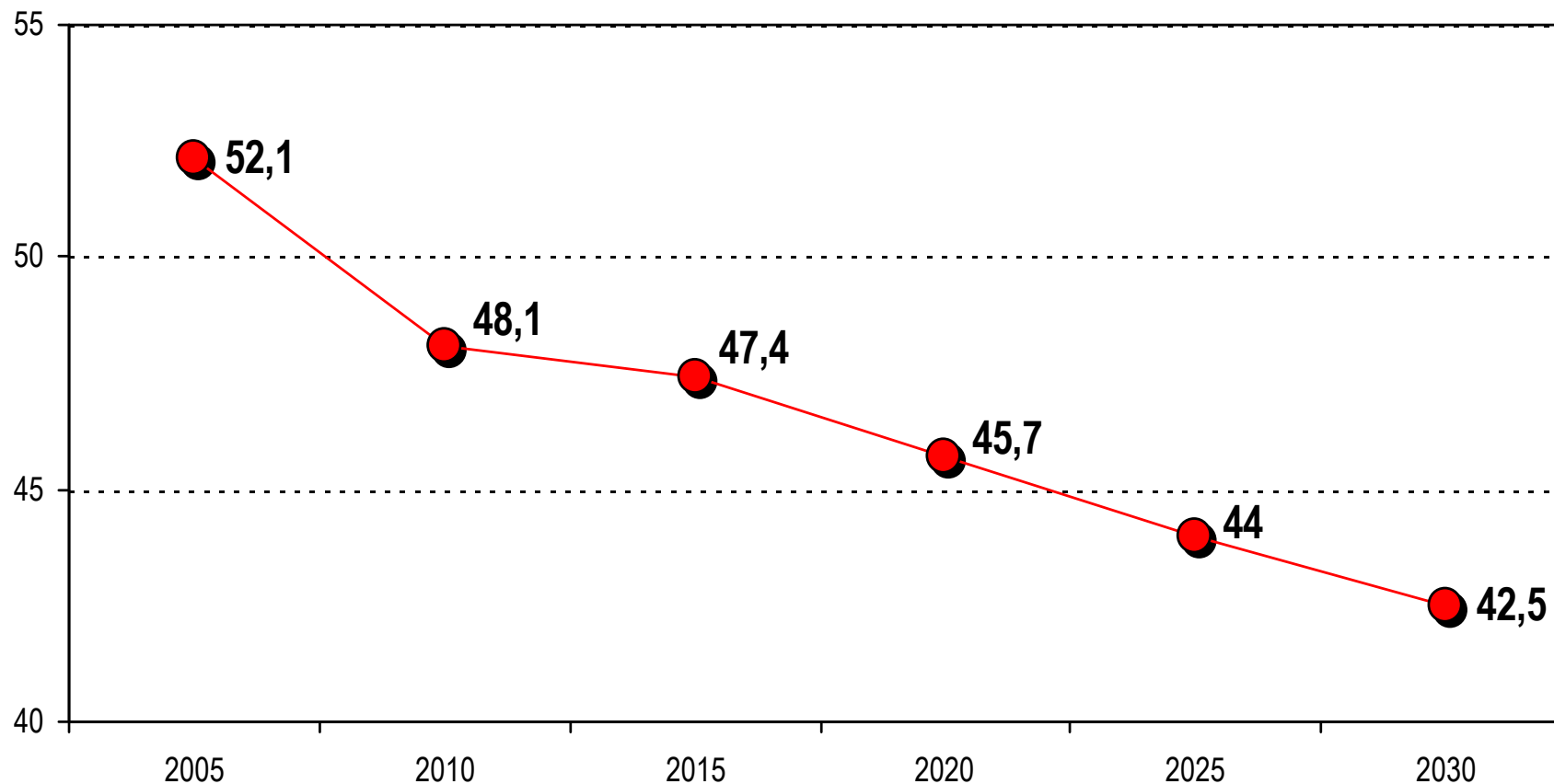
„Die Rentenreformen der letzten Jahre (...) haben in der jüngeren Vergangenheit sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland zu einer Abkopplung der Renten von der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter geführt.“

(aus: Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2008/2009, S. 360)

Entwicklung des Rentenniveaus vor Steuern



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt



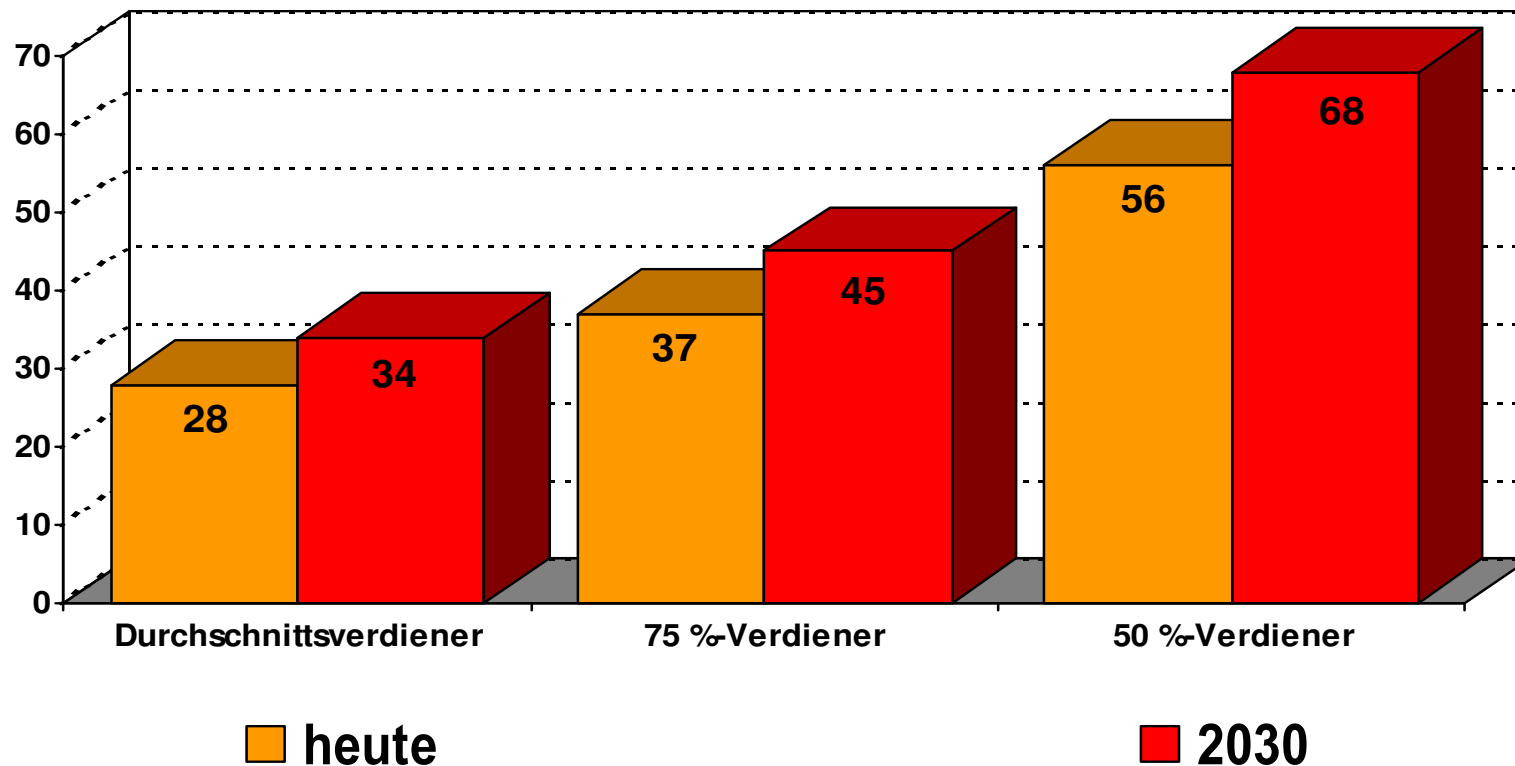
Anmerkung: Das prozentuale „Rentenniveau vor Steuern“ entspricht der Bruttostandardrente eines sog. Eckrentners (45 Arbeitsjahre bei durchschnittlichem Jahreseinkommen) abzüglich des durchschnittlichen Eigenanteils der Rentner an der Kranken- und Pflegeversicherung im Verhältnis zum durchschnittlichem Jahreseinkommen der Aktiven abzüglich ihres durchschnittlichen Beitrags zur Sozialversicherung und zur zusätzlichen Altersvorsorge (Riester-Rente). Nicht enthalten sind die Verschlechterungen durch „Rente mit 67“ und den Ausgleichsfaktor.

Eine Rente über Armutsniveau ist immer schwieriger zu erreichen



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Anzahl an Beitragsjahren zur Deckung des Grundsicherungsbedarfs



Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen. Basis: Single, nach heutigen Werten.

Die Renten sinken!



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Rentenzahlbeträge

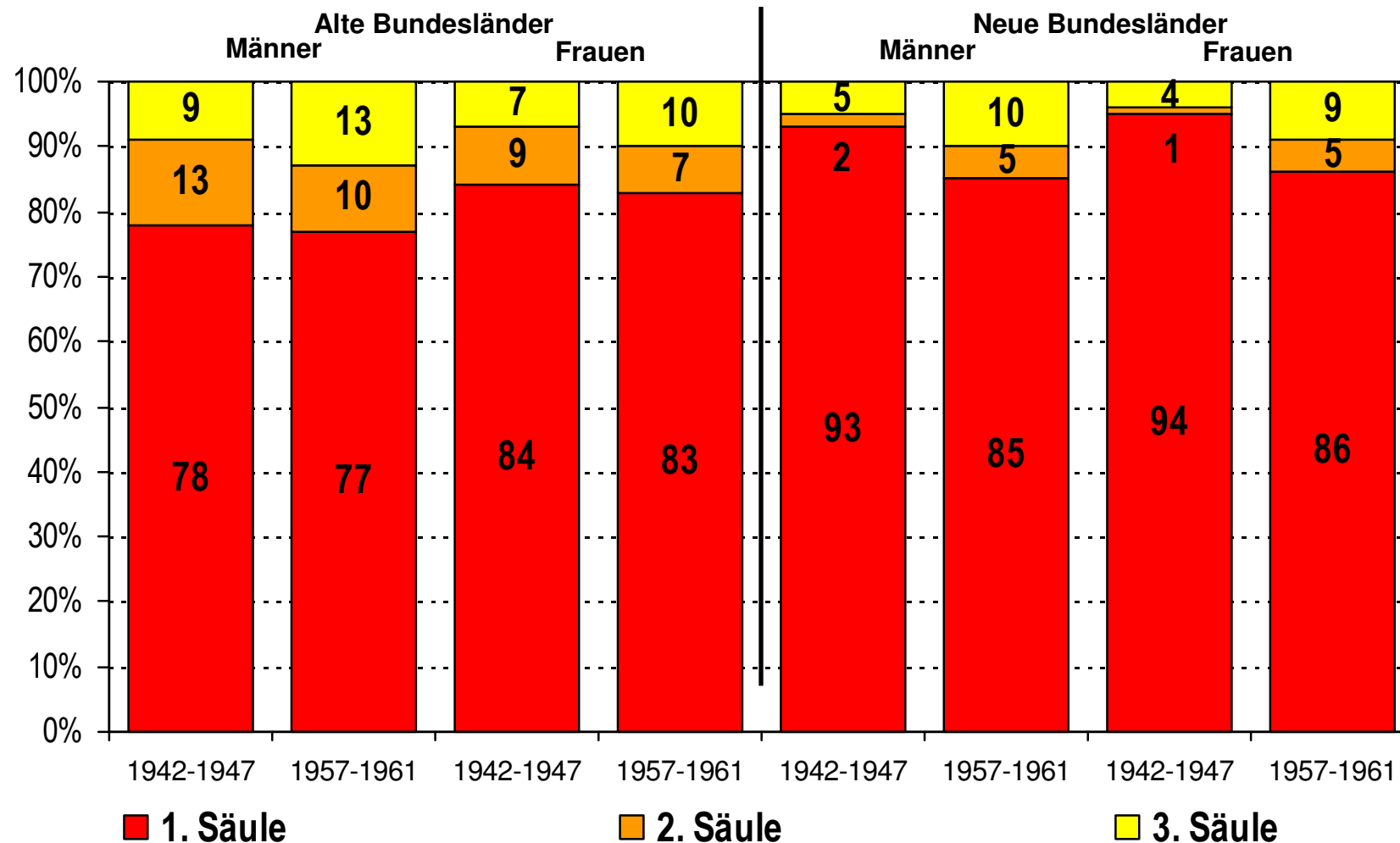
- ➔ West-Deutschland: **ca. 950 Euro**
- ➔ Ost-Deutschland **ca. 850 Euro**
- ➔ 2030 nach bereits verändertem
Recht (inklusive Rente mit 67)
ohne nachgelagerte Besteuerung **ca. 700 Euro**

Aktuelle Werten, Quelle: eigene Berechnungen auf Datenbasis DRV-Bund, nach vierzig durchschnittlichen Versicherungsjahren, Renteneintritt mit 65 Jahren in Westdeutschland

Die gesetzliche Rente als Hauptsäule der Alterssicherung: Anteil der drei Säulen am Gesamteinkommen

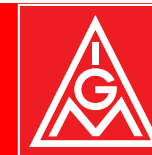


Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt



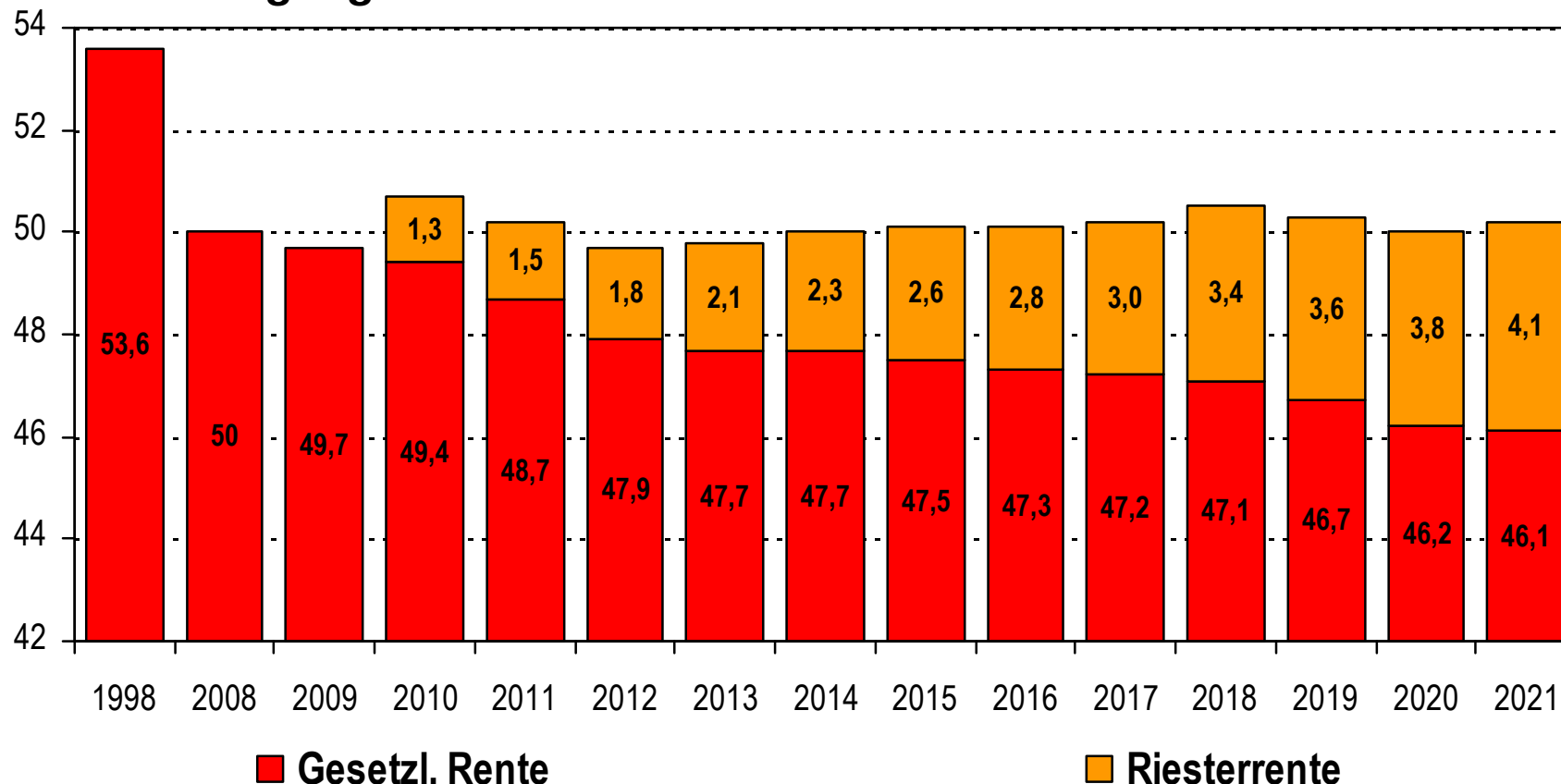
Quelle: Altersvorsorge in Deutschland 2005, Basisszenario, Endbericht, Abbildung 6 - 1

Trotz Riester-Rente: Versorgungsniveau sinkt!



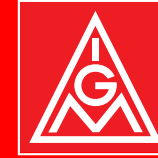
Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Gesamtversorgungsniveau vor Steuern in Prozent



Hinweise: Rechnung für Standardrentner 45 Jahre Beitragszahlung aus Durchschnittsverdienst. Altersvorsorgeaufwand steigt von 1 Prozent in 2002 auf 4 Prozent in 2008 alle zwei Jahre um ein Prozentpunkt. Verzinsung der Riesterrente mit 4 Prozent p.a.; Riester-Rente wird wie Rente aus der GRV angepasst. Für Rentenzugänge vor 2010 wird unterstellt, dass kein Riester-Vertrag abgeschlossen wurde.
Quelle: Rentenversicherungsbericht 2007, DRV-Bund

Fünf-Punkte-Programm der IG Metall „Für einen Neuen Generationenvertrag“ 1/5)



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

1. „Alle rein ins Solidarsystem – Für eine solidarische Erwerbstätigenversicherung!“

- schrittweise Einbeziehung von Selbständigen, Freiberuflern, Beamten...
- hälftige Finanzierung durch AG und AN
- Bemessung der Rente nach verbeitragtem Einkommen



2. „Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung – beides muss drin sein!“

- Wiederankopplung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung
- keine Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten
- höhere Beitragsleistungen für Langzeitarbeitslose
- Anhebung der Grundsicherung im Alter

Fünf-Punkte-Programm der IG Metall

„Für einen Neuen Generationenvertrag“ (3/5)



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

3. „Betriebsrenten für Alle!“

- bAV als verpflichtendes Angebot („Arbeitgeber-Obligatorium“)
- Regeln für die Mindestbeteiligung der Arbeitgeber
- Verbesserte Versorgungssicherheit und Leistungszusagen (Unverfallbarkeitsfristen, Mindestdynamisierungs-Regeln usw.)
- wenn bAV nicht möglich, dann AG-Beteiligung an der privaten Vorsorge

Fünf-Punkte-Programm der IG Metall

„Für einen Neuen Generationenvertrag“ (4/5)

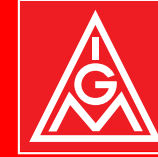


Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

4. „Flexible Altersübergänge und auf „Rente mit 67“ verzichten!“

- Fortführung der öffentlich geförderten Altersteilzeit
- erleichterter Zugang zur Erwerbsminderungsrente
- Verzicht auf die „Rente mit 67“

Fünf-Punkte-Programm der IG Metall „Für einen Neuen Generationenvertrag“ (5/5)



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

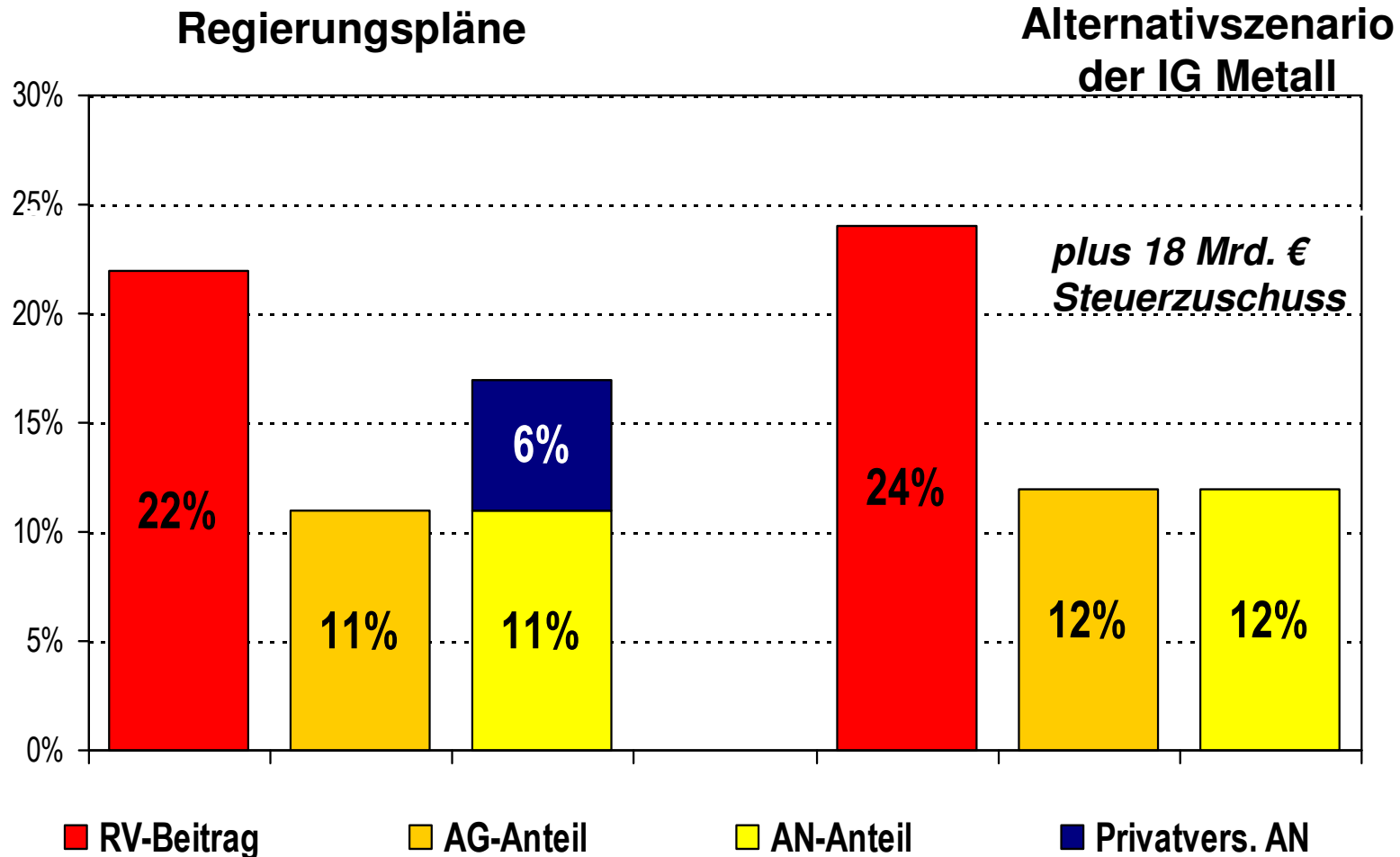
5. „Gute Löhne für gute Renten!“

- Sozialversicherungspflicht prinzipiell für alle Beschäftigungsverhältnisse
- flächendeckende Einführung Mindestlohn
- mehr Verteilungsgerechtigkeit

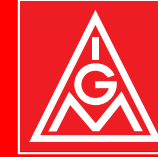
Verteilung der Beitragslast in der gRV - nach Regierungsplänen und IG Metall-Alternative -



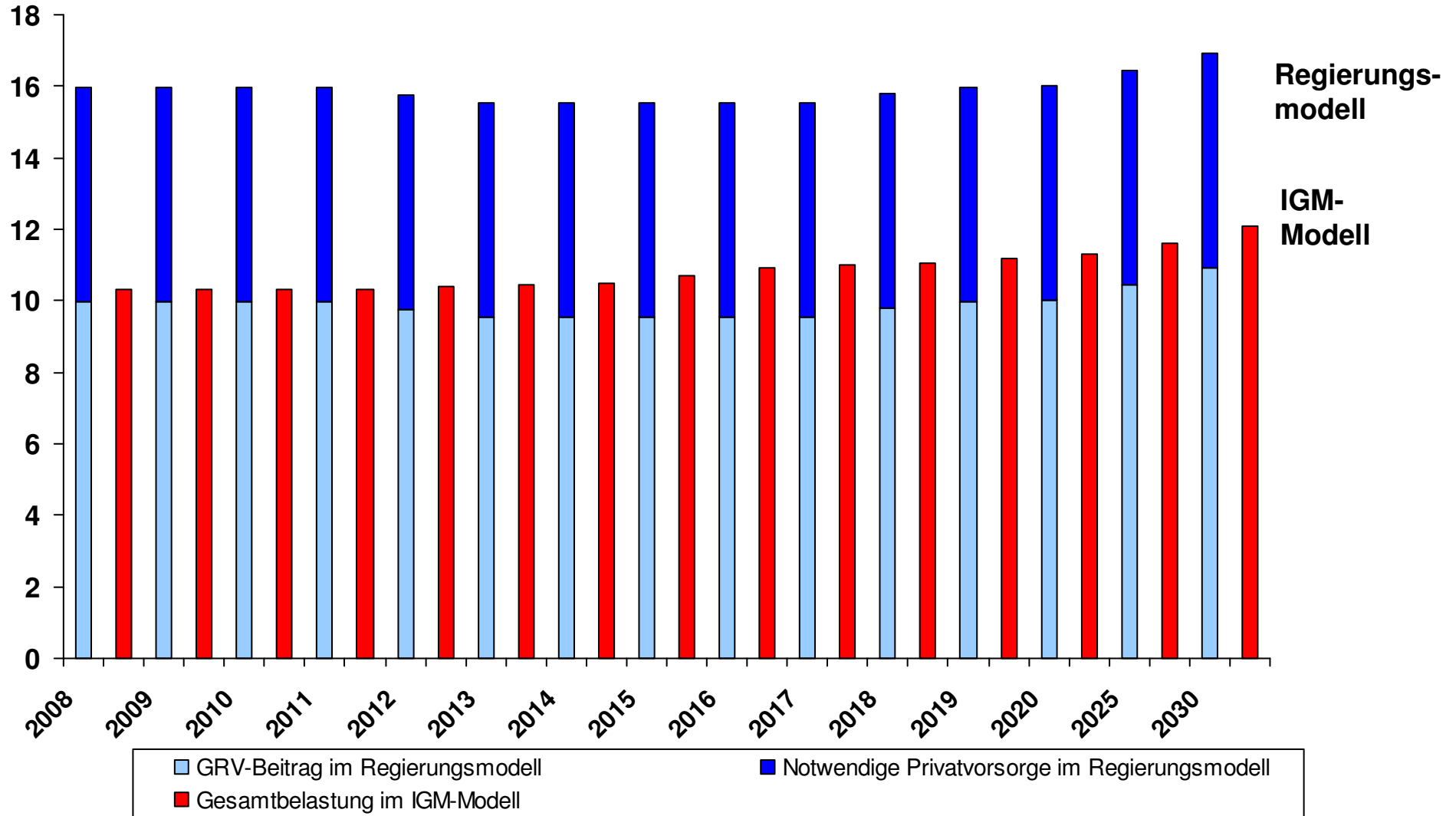
Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt



Tragelast der Beschäftigten bis 2030



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt




Zur Unterstützung für die Arbeit vor Ort



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Vorstand
Funktionsbereich
Sozialpolitik



**Für einen Neuen
Generationenvertrag**

Thesen der IG Metall für den Neuaufbau einer
solidarischen und verlässlichen Alterssicherung

**Für einen Neuen
Generationenvertrag!**



- 1. Nicht nur die RentnerInnen – die also solidarische Zwischen-Generationenversicherung
- 2. Lebensdauerorientierte Alters- und Krankenversicherung – werden immer mehr sein
- 3. Rückstellungen für alle
- 4. Flexible Arbeitsbedingungen ermöglichen und auf Lebenszeit ausrichten
- 5. Jeder hat ein gutes Recht

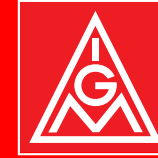
Rentenangst DVD
Der Kampf um die Altersvorsorge



Thesen
für einen Neuen
Generationen-
vertrag
Neuaufbau einer
solidarischen
und verlässlichen
Alters-
sicherung

**Argumentations-
und Handlungshilfe
Sozialpolitik**

Die Kampagne der IG Metall



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

*GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN*





Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Vielen Dank !

Der stille Systemwechsel in der gesetzlichen Rentenversicherung



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

➡ Vom

